



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/023/2010)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 21.01.2010
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:20 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Herr Walter Düngemann

Herr Wilhelm Mohr

Herr Michael Runden

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

stellv. Mitglieder

Frau Beatrix Kuhl

für Herrn Dr. Kai Dröge

Herr Lutz van Ohlen

für Herrn Olav Fricke

Herr Bruno Schachner

für Frau Bächle-Fiks

Verwaltung

Herr Bürgermeister Wolfgang Kellner

Herr Arnold Hinrichs

Herr Hartmut Schubert

zugleich Protokollführung

Herr Holger Schüür

Herr Erich Buß

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

Frau Sandra Bockhöfer

ohne Vertretung

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Olav Fricke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02-12-2009 (XV/22)
- 3 Haushalt 2010
 - Investitionsliste (Vermögenshaushalt)
 - Verwaltungshaushalt(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 14.01.2009)
- 4 Informationen
- 5 Anfragen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er wies darauf hin, dass Frau Bockhöfer sich für die heutige Sitzung entschuldigt habe.

Zudem begrüßte er Herrn Malzahn von der Ostfriesen-Zeitung.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02-12-2009 (XV/22)

Beschluss: (Einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 3 Haushalt 2010 - Investitionsliste (Vermögenshaushalt) - Verwaltungshaushalt (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 14.01.2009)

Der Bürgermeister wies einleitend auf die zur Zeit vorliegenden Ergebnisse der letzten Haushaltsjahre hin. So werde der Verwaltungshaushalt neben dem Sollfehlbetrag von rd. 4,3 Mio, € bis 2008 und dem voraussichtlichen Fehl von rd. 6 Mio. € für 2009 in der Planung für 2010 mit einem strukturellen Fehl von rd. 11,8 Mio. € abschließen. Der Abschluss 2009 liege allerdings noch nicht endgültig vor, und man hoffe noch auf leichte Verbesserungen im Ergebnis.

Die Entwicklung der Einnahmen im Bereich der Gewerbesteuer seien 2010 relativ unbeeindruckt von der Wirtschaftskrise stabil geblieben; gleiches werde für 2010 gesehen. Auch sei erneut eine haushaltswirtschaftliche Sperre angeordnet worden. Sehr schwer zu tragen hätte der Verwaltungshaushalt aber besonders durch die nicht beeinflussbaren Faktoren wie:

- 1.200.000 € Wegfall der Schlüsselzuweisungen
- 260.000 € FAG-Umlage (erstmalige Zahlung an das Land)
- 1.430.000 € Abwicklung der Verlustabdeckung StW GmbH 2006/2007
- 1.500.000 € Deckung von Sollfehlbeträgen der Vorjahre
- 308.400 € Personalmehrkosten
- 500.000 € Gewerbesteuermindereinnahmen

- 900.000 € Mindereinnahmen Einkommensteuer

Diese Mehrbelastung belaufe sich allein schon auf rd. 6,1 Mill. €.

Immer beachtet werden müsse aber, dass es sich bei dem Haushalt um eine Planung handele, so dass noch mit Veränderungen gerechnet werden könne. Nicht planbar seien Überlegungen des Bundes und des Landes im Laufe des Jahres, die auch finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen haben können. Hier hoffe man auf ein Einsehen für die Kommunen.

An die Stadt würden sehr viele Anträge gestellt werden, die bei einer zunehmenden Defizitentwicklung des Haushaltes oftmals nicht mehr in gewohnter Zusage erfolgen könnten. Auch die Stadt müsse hier Einschränkungen im Interesse der Allgemeinheit vornehmen.

Zum Vermögenshaushalt verwies Herr Kellner auf die vorliegende, überarbeitete Investitionsliste, zu der die Verwaltung die Vorschläge der Politik erwarte. Trotz der Erkrankung von Herrn Hinrichs konnte dieser Vorschlag der Verwaltung noch rechtzeitig erstellt werden.

Herr Foest bat um Information zu der Erhöhung des Ansatzes bei der Feuerwehr zum Sammelnachweisposten „Persönliche Ausgaben“ um rd. 57 T€. Herr Hinrichs verwies auf einen Fehler in 2009, wie auch aus dem Vergleich zum Rechnungsergebnis 2008 zum Ansatz 2010 erkennbar sei. Hier sei in der Anmeldung zur Ansatzplanung ein Betrag vergessen worden; der Betrag wurde aber tatsächlich im Rahmen der Budgetmittel gezahlt.

Auch zu den Kostensteigerungen im Schulbereich verwies Herr Hinrichs auf die zusätzlichen Ausgaben, wie sie z.B. durch die Schaffung der Ganztagschule entstehen würden. Hinsichtlich der Steigerung der Baubetriebshofsleistungen verwies er auf einen erheblichen Nachholbedarf an Reparaturarbeiten im schulischen Bereich.

Herr Kellner informierte aufgrund der Nachfrage von Herrn Düngemann zum Ansatz für den Stadtverkehr von 270 T€ in 2010, dass derzeit Verhandlungen geführt werden, deren Abschluss abzuwarten seien. Eventuell könne sich dieser Ansatz noch verringern.

Herr Düngemann verwies auf den UA 8800, der mit einem negativen Saldo von rd. 7 T€ abschließen würde. Hier müsse ein entsprechender Beschluss gefasst werden, wenn man mit den Wohnungen Gewinne erzielen wolle.

Zur Klage der AWG-Fraktion gegen die Stadt Leer seien seines Wissens nach Gerichtskosten in Vorleistung seitens der Stadt erbracht worden.

Der Bürgermeister wies auf die Vorleistungspflicht nach dem Gerichtskostengesetz hin. Formal sei es richtig, dass bei einer Klage gegen die Stadt seitens einer Ratsfraktion dann diese Kosten in Vorleistung zu erbringen seien. Man hoffe, dass dies ein einmaliger Fall bleiben werde.

Herr Runden wies auf die EDV-Kostensteigerungen im Bereich des Jugendzentrums und des Ledatreffs Osseweg hin.

Herr Kellner machte erneut klar, dass die Stadt die EDV-Kosten pauschal abrechne nach PC-Plätzen, da eine dezidierte Aufstellung zu kostenaufwendig wäre und keine haushaltstechnischen Veränderungen nach sich ziehe, da sich die Kosten in Einnahme und Ausgabe ausgleichen würden. Die Verwaltung habe aber eine Auflistung erstellt, die mit dem Protokoll verteilt werde (sh. Anlage 1).

Herr Schmidt wies auf die heute zu Sitzungsbeginn verteilte Aufschlüsselung der Personalkosten (sh. Anlage 2) hin, die sehr informativ sei und bat darum, zusätzlich eine Auflistung der Bewirtschaftungskosten und Geschäftsausgaben zu erstellen. Herr Sattler halte diese Liste auch für die Zukunft als gute Diskussionsgrundlage für die Haushaltsberatungen (sh. Anlage 3).

Herr Mohr bat um Information, wie sich die Entwicklung im Unterabschnitt 9000 darstellen würde. Herr Kellner trug die derzeitigen Sollzahlen vor und versicherte dem Ausschuss, dies in der Anlage zum Protokoll allen Ratsmitgliedern darzustellen (sh. Anlage 4).

Zum Vermögenshaushalt zeigte der Bürgermeister auf, dass aufgrund der personellen Ausstattung alle Maßnahmen nicht im gewünschten Zeitrahmen umzusetzen seien. Hier sei es aber auch nicht sinnvoll, den Personalbestand diesbezüglich auszuweiten.

Herr Sattler wies auf ein Schreiben des Niedersächsischen Innenministers Herrn Uwe Schünemann vom 16. Oktober 2009 hin, in dem aufgrund der aktuellen Finanzkrise den Kommunen nahegelegt wird, dringend notwendige und nachhaltige Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur, in energetische Sanierung der Liegenschaften sowie Maßnahmen mit erheblichen Synergieeffekten voranzutreiben; die Kommunalaufsichten sollen bei derartigen Investitionstätigkeiten trotz angespannter Leistungsfähigkeit der Kommunen diesen nicht entgegenstehen (das Schreiben ist dem Protokoll als Anlage 5) beigelegt).

Die SPD-Fraktion werde in dieser Hinsicht noch eine Auflistung möglicher Investitionsmaßnahmen einbringen. Die derzeitige günstige Zinslage rechtfertige Maßnahmen zur zukünftigen Kostenreduzierung wie z.B. Senkung von Energiekosten für diese Forderungen.

Insbesondere sei dieser Vorschlag, so Herr Schmidt, eine Anregung der SPD-Fraktion an Verwaltung und Politik, über das Investitionsvolumen 2010 hinauszudenken, auch wenn dies eine höhere Verschuldung nach sich ziehen werde, doch dann aber zu einer sehr günstigen Zinskondition. Diese Chance der günstigen Kredite solle man nutzen. Auch wenn gerade dies immer eine Kritik seitens der Politik an die Verwaltung gewesen war, sei jetzt die Zeit günstig. Die Verwaltung möge diesen Vorschlag nochmals überdenken; seiner Ansicht nach sei die Entscheidung aber kaufmännisch richtig.

Herr Foest zeigte sich angesichts der Wirtschaftslage froh, dass die Verwaltung die Netto-Neu-Verschuldung auf nur 1,5 Mio. € begrenzen können, da die Stadt bereits ein hohes Defizit mit sich schleppen würde. Man dürfe hier die Generationengerechtigkeit nicht außer Acht lassen. Es sei immer leicht, Begründungen zu finden,

doch noch weitere Maßnahmen aufzunehmen – auch wenn die Zinslage sehr günstig scheine – doch irgendwann müsse dies auch zurückgezahlt werden.

Sicherlich sei dies richtig, erwiderte Herr Schmidt, doch müsse man auf alle Fälle darüber nachdenken, da einerseits ja die Aufgaben sowieso auf die Stadt Leer zukommen würden und andererseits die gewünschten Maßnahmen auch rentierlich seien.

Herr Runden begrüßte den Vorschlag der weiteren Investitionen, doch sei dies nur dort sinnvoll, wo man rentierliche Vorteile erwirtschaften könne.

Für Herrn Düngemann sei schon wichtig, über weitere sinnvolle Investitionen nachzudenken, doch gleichzeitig müsse man sein Augenmerk auch auf Bereiche lenken, wo man Streichungen vornehmen könne. Es müsse in beide Richtungen nachgedacht werden.

Für Herrn Foest sei das gewünschte Budget bei den Schulen und der Feuerwehr von je 200 T€ zu niedrig. Hier könne er sich bei den Schulen einen Ansatz von 350 T€ und der Feuerwehr von 250 T€ vorstellen. Die Finanzierung müsse über Kredite laufen. Gerade für die Feuerwehr wäre ein Ansatz von lediglich 200 T€ kein gutes Zeichen.

Es müsse deutlich abgeklärt werden, so Herr Schachner, wo die Aufnahme günstiger Kredite sinnvoll erscheinen würde, wie z.B. bei den Schulen oder ähnliche Projekte. Zu seiner Anfrage, ob Leer hier eine Ausnahmestellung hinsichtlich des Steueraufkommens im Vergleich zu anderen Gemeinden sei, erläuterte der Bürgermeister, das sich in Leer eine gute Struktur von großen Steuerzahlern entwickelt habe, so dass derzeit keine großen Einbrüche zu verzeichnen seien aufgrund krisenfester Geschäftsbereiche. Eine gewisse Stabilität sei hier schon deutlich erkennbar.

Herr Sattler verwies auf die Mittelanmeldungen seitens der Fachdienste hinsichtlich Schulen und Feuerwehr. Da bestünde seiner Ansicht nach sicherlich noch Handlungsspielraum in der Mittelgewährung.

Ja, dies sei schon richtig, erwiderte Herr Kellner. Es bestünde in vielen Bereich Investitionsbedarf, doch müsse dies auch alles abgearbeitet werden. Bei weiteren Maßnahmen müsse man sich darüber einig sein, dass man dann mehr Fremdleistung einkaufen müsse, wenn dies politisch so gewollt sei.

Für Herrn Schmidt habe die Stadt eine gute Wirtschaftsstruktur; die Unterstützung der Wirtschaft der vergangenen Jahre habe sich gerechnet. Zwischen den angemeldeten Beträgen der Fachdienste und den bewilligten Ansätzen lägen Welten. Aufgrund der Mitteilung des Niedersächsischen Innenministers habe man jetzt die Chance, trotz einer damit verbundenen Krediterhöhung mehr Mittel in Ansatz zu bringen und damit genehmigt zu bekommen. Man stünde sich durch weitere sinnvolle Investitionsmaßnahmen in den Folgejahren besser, da die Aufgaben ohnehin in Zukunft erbracht werden müssten.

Der Bürgermeister informierte, dass die Stadt für die Erstellung eines Parkplatzes bei der BBS eine Ablösesumme für eine Zuwegung von der Bundesstraße finanzieren müsse, deren Kosten sich bei rd. 100 T€ bewegen würden. Evtl. werde diese Summe als Verpflichtungsermächtigung für 2011 eingeplant werden.

Darüber hinaus sei für die Verwaltung weiterhin die Finanzierung der Parkplätze (über 660 T€) im Gesamtfinanzierungsvolumen des Landkreises von 32,422 € enthalten und somit über die Anteilsfinanzierung über die Beiträge zur Kreisschulbaukasse der Stadt am Gesamtprojekt finanziert. Hierüber müsse noch eine sachliche Diskussion mit dem Landkreis Leer geführt werden. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen seitens der Stadt seien bereits fast abgeschlossen und stünden dem Projekt nicht mehr entgegen.

Für Herrn Düngemann stelle sich die Situation etwas anders dar; so sei im Verwaltungsausschuss darüber gesprochen worden, dass mit dem Kreis entsprechend verhandelt werden müsse – und zwar über die Höhe der Zuzahlung seitens der Stadt. Es sei wichtig, dass hier umgehend gehandelt werde, denn die Parkplatzsituation in der Altstadt rund um die BBS sei für die Anwohner nicht länger tragbar.

Herr Schmidt habe große Hoffnung, dass hier die Verhandlungen zu einem vernünftigen Ergebnis führen würden; die Politik würde gerne unterstützend mitwirken.

Für Herrn Runden sei es bedauerlich, dass diese Angelegenheit derart in der Presse breitgeschlagen würde.

Für Frau Kuhl sei es unverständlich, warum es hier zu so verschiedenen Forderungsdarstellungen gekommen sei. Herr Mohr wies dazu erläuternd hin, dass die angesprochenen 250 T€ nicht im Haushalt gestanden hätten, sondern lediglich als Verpflichtungsermächtigung eingebracht worden seien.

Der Bürgermeister machte deutlich, dass nach Auffassung der Verwaltung die 660 T€ für die Parkplätze bereits über den Anteil der Stadt durch die Kreisschulbaubeiträge finanziert sei. Er sei aber gerne bereit, mit dem Landrat darüber ein Gespräch zu führen.

Die jahrelangen Probleme in der Altstadt müssten für Herrn Foest nunmehr abgeschaltet werden. Daher müsse endlich eine konkrete Lösung geschaffen werden. Der Weg über die Kreisschulbaukasse war unglücklich, wie er schon in den Vorjahren vor der Entscheidung deutlich gemacht habe.

Auch für Herrn Kellner sei die Lösung und damit Mischung verschiedener Dinge durch die Kreisschulbaukasse unglücklich. Was die Parkplatzsituation angehe stelle die Stadt allerdings schon seit vielen Jahren kostenlos den Parkplatz „Große Bleiche“ zur Verfügung für die Berufsschüler, der ansonsten über Parkgebühren bewirtschaftet worden wäre.

Herr Schachner bat zu folgenden Themen um Information:

Thema	Stellungnahme des Bürgermeisters
Für den Radwanderweg seien keine Mittel an-	Die Sanierung werde rechtzeitig erfolgen; Ziel sei

gesetzt worden, obwohl hier eine Weiterführung gewünscht sei.	es hier, mit möglichst wenig Grunderwerb auszukommen.
Auch bei der Dr.-von-Bruch-Brücke seien keine Mittel bereitgestellt worden	Hiermit sei eine Arbeitsgruppe befasst worden. Stünde dies in der alleinigen Umsetzungsverantwortung der Stadt, wäre die Maßnahme sicherlich schon weiter vorangetrieben worden. Außerdem seien noch Haushaltsreste vorhanden.
Für den Osseweg sehe er eine Verpflichtung für die Stadt, dies weiter voranzutreiben. Dafür stünden aber ebenfalls keine Mittel in 2010 bereit.	Hier seien für die weiteren Vorhaben noch ausreichende Haushaltsreste vorhanden.

TOP 4 Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

TOP 5 Anfragen

Da keine Anfragen vorlagen, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.19 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler

Vorsitzender

gez. Wolfgang Kellner

Bürgermeister

gez.

Protokollführer

F.d.R.:

Protokollführer